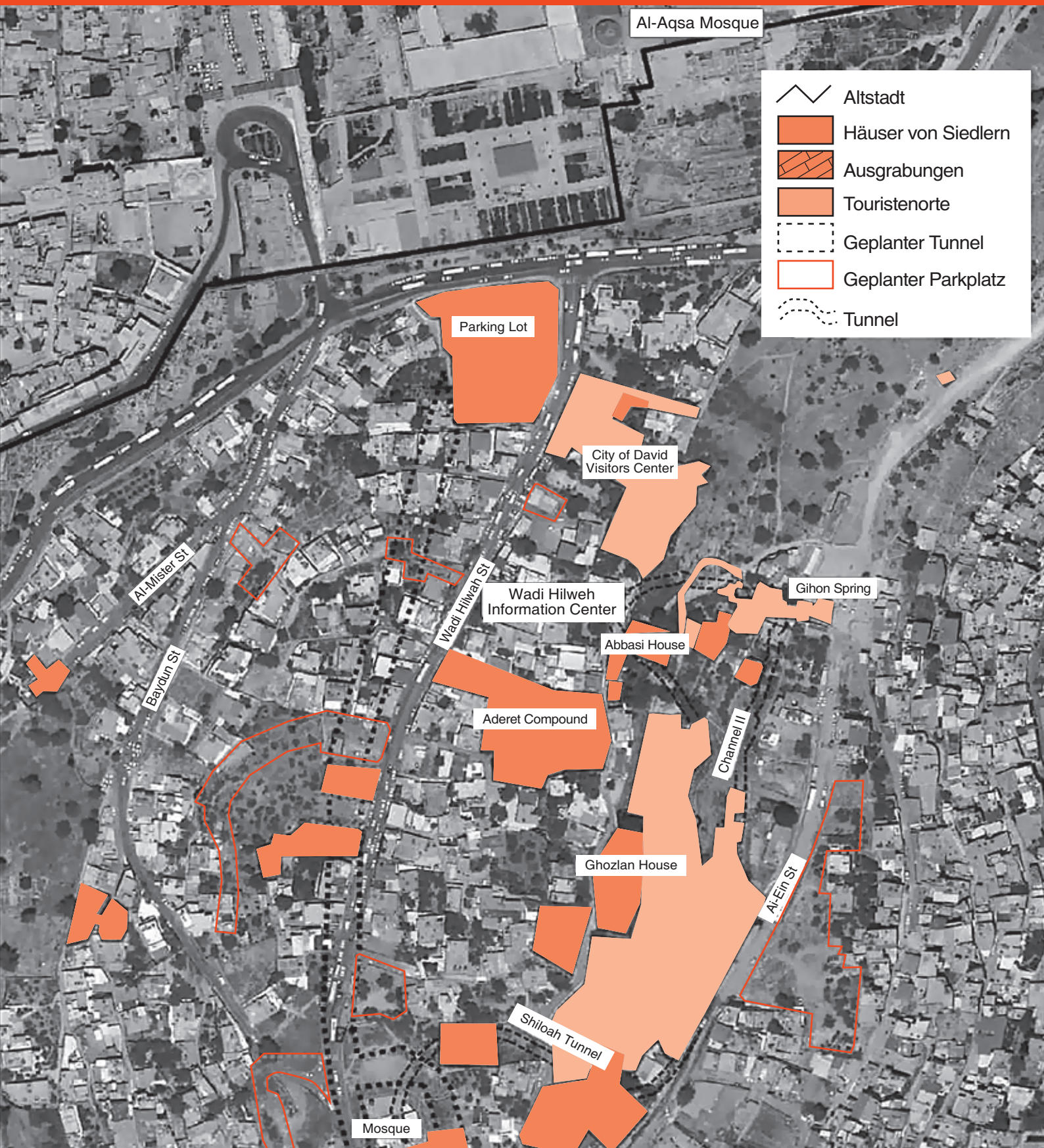


PALÄSTINA-INFO



Editorial

Einer neuen Umfrage zufolge ist die israelische Gesellschaft in politischer und religiöser Hinsicht tief gespalten. Rund die Hälfte der Bevölkerung befürwortet die Idee des „Transfers“, also die Vertreibung von arabischen BürgerInnen, die 19% der Bevölkerung ausmachen. 97 % finden, dass jüdische gegenüber den palästinensischen BürgerInnen bevorzugt werden sollten. Derweil ist der Anteil arabischer Israelis, die an die Möglichkeit der Koexistenz eines zukünftigen palästinensischen Staats neben Israel glauben, von 74 % im Jahr 2013 auf 50 % gesunken (<http://bit.ly/1QIYMky>). Oppositionellen weht ein scharfer Wind entgegen, und immer häufiger warnen KommentatorInnen vor der Entwicklung zu einem totalitären Staat.

Für die palästinensische Bevölkerung verheisst dies nichts Gutes. Im vorliegenden Palästina-Info gehen wir exemplarisch auf ein paar der aktuellen Brennpunkte ein: die „Normalität“ der Tötung verdächtig scheinender PalästinenserInnen; die Vertreibung in Jerusalem unter dem Vorwand archäologischer Grabungen; das Kalkül mit dem lukrativen Geschäft des Wiederaufbaus. Neben Widerstand und Opposition im Land selbst bleibt der Druck von aussen ein entscheidender Faktor. Boykott klingt negativ, Kultur klingt positiv, und doch ist der kulturelle Boykott ein berechtigter und wirkungsvoller Hebel, um an den bestehenden Unrechtsverhältnissen zu rütteln. Dass der Nahe Osten einmal eine Region mit intensivem kulturellem und wirtschaftlichem Austausch und durchlässigen Grenzen war – und vielleicht wieder werden könnte –, zeigt die Biografie des palästinensischen Ökonoms Yusif Sayigh.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Versuch der Kriminalisierung von AktivistInnen

Das weltweite Engagement für das Recht der PalästinenserInnen auf Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit hat in den letzten Jahren immer mehr den politischen Mainstream erreicht. Die Bemühungen der BDS-Bewegung, Israel für seine schwerwiegenden Völkerrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen und die internationale Komplizenschaft zu beenden, geniessen heute eine viel breitere Unterstützung. Mit diesem Druck konfrontiert, haben nun der Staat Israel, seine Lobbygruppen und seine UnterstützerInnen weltweit eine beispiellose, finanziell gut ausgestattete Kampagne gestartet. Das palästinensische Narrativ soll zum Schweigen gebracht und die Anstrengungen der BDS-Bewegung sowohl in Israel selbst als auch in westlichen Ländern sollen kriminalisiert werden.

Amnesty International hat im April 2016 einen Bericht über Angriffe auf MenschenrechtsaktivistInnen in Israel/ Palästina veröffentlicht und zeigt sich besorgt: „Der Staat Israel verstösst regelmässig gegen die Rechte von Palästinensern auf freie Meinungsäusserung und Versammlungsfreiheit in den OPT und geht gezielt gegen Menschenrechtsverteidiger vor, auch durch willkürliche Inhaftierungen und Festnahmen, Freiheitsentzug, Verletzungen und Folterungen. [...] Darüber hinaus hat Israel diverse Schritte unternommen, um die Meinungsfreiheit im Land zu beschneiden, wobei offizielle Vertreter der israelischen Regierung mit gezielten Einschüchterungen gegen Menschenrechtler vorgegangen sind. Die jüngsten Gesetzesinitiativen, die offenkundig zur Einschränkung der freien Meinungsäusserung angestrengt wurden, gehen Hand in Hand mit einer sich ständig verdüsternden öffentlichen Stimmung

gegen all jene Personen und Gruppen, die Kritik an der israelischen Regierung üben [...]“¹ Explizit werden auch die Drohungen gegenüber BDS-Mitbegründer Omar Barghouti erwähnt. An einer Anti-BDS-Konferenz in Jerusalem im März 2016 rief der israelische Minister für Nachrichtendienste Israel Katz zur „gezielten zivilen Eliminierung“ von führenden BDS-AktivistInnen wie Barghouti auf. Unterdessen haben die israelischen Behörden erste Schritte unternommen. Sie verweigern eine Erneuerung der Reisedokumente von Barghouti, was einem Reiseverbot gleichkommt, und überprüfen zudem dessen Aufenthaltsstatus in Israel.

Diese Entwicklung betrifft uns alle, denn die Bemühungen schränken nicht nur die Rechte der palästinensischen Bevölkerung weiter ein. Auch unsere eigenen Bürgerrechte sind Ziel dieser Aktion Israels, die von verschiedenen Staaten aufgegriffen wird, etwa durch Prozesse gegen BDS-AktivistInnen (Frankreich) oder Verbote der Unterstützung von BDS (USA, Kanada). In Deutschland und Österreich werden häufig Räume für Veranstaltungen verweigert und neuerdings Konten von BDS-Komitees geschlossen. In der Schweiz wurde von einem SVP-Politiker ein Antrag im Parlament eingereicht, der auf das Verbot der Vergabe von öffentlichen Mitteln an israel-kritische NGOs zielt.²

ECCP, die europäische Koordinationsstelle der Komitees und Organisationen für Palästina, fordert deshalb von der EU-Kommission, die Diskriminierung von BDS-AktivistInnen zu stoppen und die Ausübung der Menschenrechte zu schützen. Insbesondere Organisationen, aber auch Individuen werden zur Unterstützung aufgefordert.

Der Aufruf kann auf der folgenden Website gelesen und unterzeichnet werden: <http://bit.ly/1Okjbvr>

1 <http://bit.ly/1XhbKwe>

2 <http://bit.ly/1W4iDS8>

Verteidigungsminister Ya'alon wird in Bern empfangen

Roman Vonwil

In mehreren Ländern wartet ein Haftbefehl auf den gerade zurückgetretenen israelischen Verteidigungsminister, in der Schweiz war er ein willkommener Gast, der Antworten auf aktuelle „internationale Sicherheitsfragen“ im Gepäck hat.



Moshe Ya'alon stösst auf Interesse. Foto: Mueller/MSK, via Wikimedia Commons, CC BY 2.0

Donnerstag, 11. Februar 2016 vor dem Hotel Bellevue in Bern: PolizistInnen – manche in schwarzen Sturmhauben und mit Maschinenpistolen im Anschlag – bewachen glänzende Limousinen, Männer in Anzug und mit Ohrstöpseln suchen die Umgebung nach verdächtigen Gegenständen ab und vermitteln dabei eine alarmistische Atmosphäre, als könne jederzeit eine Bombe hochgehen. Der Bundesrat empfängt heute den israelischen Verteidigungsminister Moshe Ya'alon. Auf der anderen Seite der Abschränkung vor dem Hotel stehen wir als kleines Grüppchen von AktivistInnen. Als sich der Tross in Bewegung setzt und in Richtung Bundeshaus fährt, sind die PolizistInnen schnell zur Stelle und reissen das mitgebrachte

Transparent in Sekundenbruchteilen herunter. Eines ist klar: Der Gast aus Israel soll sich in der Schweiz willkommen fühlen und sein Besuch nicht durch kritische Stimmen gestört werden.

Laut einer Medienmitteilung des Schweizer Verteidigungsdepartements wird mit dem offiziellen Empfang der Dialog zwischen den beiden Staaten in Bezug auf Sicherheitsfragen und die bilateralen Beziehungen, die auch Rüstungsbeschaffungen aus Israel beinhalten, weitergeführt.¹ In einem Europa, das sich zunehmend vom islamistischen Terror bedroht sieht und als einzige Antwort

darauf eine Politik der Abschottung und repressiven Kontrolle – auch gegen Geflüchtete – zu kennen scheint, kommt dieser Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung zu. Israel nutzt seit Jahren den Konflikt im Nahen Osten, um sich als ständiges, existenziell bedrohtes Ziel islamistischen Terrors darzustellen und gleich seine dadurch gewonnene Expertise in der Terrorbekämpfung anderen Staaten anzubieten.

Die NZZ bot Ya'alon in einem Interview am 11. Februar eine Steilvorlage, und er konnte das bekannte Bild des bedrohten und von Feinden umzingelten Israels zeichnen.² Der Iran als Hauptsponsor der Instabilität im Nahen Osten versuche durch die Unterstützung von terroristischen Organisationen, Israel von der Landkarte zu tilgen, erklärte Ya'alon und führte aus: Gegen solche Gegner, die er auch in „Hamastan“ verortet, wirke nur eine Politik des „grossen Schocks“. Um dann sogleich zu beklagen, dass die Israelis trotz dieser Umstände als Täter wahrgenommen würden und die PalästinenserInnen als Opfer.

Diese Darlegung ist grotesk, wenn man nur schon Ya'alons Rolle in Angriffen auf die palästinensische Zivilbevölkerung anschaut. Unter ihm als Verteidigungsminister hat die israelische Armee im Sommer 2014 den Gazastreifen angegriffen und dabei 1462 Zivilpersonen, ein Drittel davon Kinder, getötet. Bereits 2002 hat er als Stabschef des israelischen Militärs einen Luftangriff autorisiert, bei dem 14 Zivilisten umkamen. Da ihm eine Verhaftung wegen dieses mutmasslichen Kriegsverbrechens drohte, sagte er 2009 einen Besuch in Grossbritannien ab.³ Auch in Spanien wurde ein Haftbefehl gegen ihn

1 <http://bit.ly/1WbYtWh>

2 <http://bit.ly/1rxGjBS>

3 <http://www.theguardian.com/world/2009/dec/14/israeli-moshe-yaalon-visit-arrest>

ausgestellt – wegen des Angriffs am 31. Mai 2010 auf die Schiffsflotte, die mit Hilfsgütern für den Gazastreifen unterwegs war.⁴

Auch wenn Ya'alon in seiner Rücktrittserklärung der Regierung „Extremismus“ vorwirft, liegt seine absurde Umkehrung von Opfern und Tätern ganz auf deren Linie. Premierminister Netanjahu spitzt dies wie üblich rhetorisch zu. Erst im Februar erklärte er, Israel sei eine „Villa im Dschungel“, die es „gegen die wilden Bestien“ zu verteidigen gelte – natürlich mit Tausenden von Kilometern Stacheldraht und Zäunen rund um angeeignetes Land und die Aussengrenzen.⁵

Israel bietet solche im Feld getesteten Lösungen für das „Terrorproblem“ im gleichen Atemzug mit der Selbstdarstellung als Ziel von Aggressionen der eigenen Umgebung an: Drohnen, Waffen, Mauern und Stacheldraht. Diese finden zahlreiche Abnehmer. Nicht nur die Schweiz kauft Drohnen aus Israel, auch die deutsche Bundeswehr evaluiert deren Beschaffung. Europäische Länder greifen für das Errichten von Grenzzäunen gegen Geflüchtete auf israelisches Know-how zurück.⁶

Es ist mehr als besorgniserregend, dass der Schweizer Verteidigungsminister „aktuelle internationale Sicherheitsfragen“ mit einem Amtskollegen bespricht, dessen Selbstverständnis auf einer Umkehrung von Opfern und Tätern beruht und der auf eine Politik der „grossen Schocks“ setzt. Mit dem Empfang Ya'alons, den Rüstungsgeschäften mit Israel und der Unterdrückung von kritischen Gegenstimmen signalisiert der Bundesrat nicht nur sein Einverständnis mit der israelischen Besatzung, den Angriffen auf die Zivilbevölkerung und der Unterdrückung der PalästinenserInnen, sondern auch mit den dieser Politik zugrunde liegenden Anschauungen.

4 <http://bit.ly/1MLYfjk>

5 <http://www.haaretz.com/israel-news/premium-1.702318>

6 <http://www.haaretz.com/israel-news/premium-1.702318>

Wadi Hilweh: Archäologie im Dienste der Vertreibung

Jenny Bolliger

Kein Bauwerk ist sicher vor den Rissen. Es gibt sie in den Wänden, in den Strassen, auf dem Fussballplatz, in den Dächern. Sie vermehren sich, ohne dass jemand sie aufhalten könnte. Ein Stadtteil, benannt in Erinnerung an die schöne Frau des Bürgermeisters, die 1948 von anrückenden zionistischen Gruppen getötet wurde, zerfällt. Im Schatten der touristischen Altstadt Jerusalems wird den ansässigen PalästinenserInnen im wahrsten Sinne des Wortes der Boden unter den Füssen weggezogen.



Silwan. Foto: Emek Shaveh

Archäologische Grabungen in Palästina wurden bereits von den Briten durchgeführt und dienten vorab dazu, Geschichten der Bibel durch Befunde vor Ort in ihrer Echtheit zu bestätigen. Nicht anders benutzten dann die zionistischen Bewegungen die Archäologie. Sie sahen darin eine Methode, die Existenzberechtigung des jüdischen Staates in Palästina zu untermauern. Nach Aussagen von Ben Gurion verbrieft sich Israel das Recht auf Palästina, indem „wir den Boden eigenhändig umgraben“. Der regierungskritische Architekt Eyal Weizman sieht diese Aussage sowohl in der Landwirtschaft wie auch in der Archäologie umgesetzt – beides Ak-

tivitäten, die in Israel stark zur Staatsbildung instrumentalisiert werden.

Bei Grabungen in tiefere Schichten sind für die israelischen Archäologen vorwiegend alttestamentliche Funde von Bedeutung. Die darüber liegenden Schichten werden zerstört oder nicht beachtet, das Augenmerk gilt allein den Spuren jüdischer Existenz. Die israelische Organisation Emek Shaveh dokumentiert aktive Ausgrabungen und bewertet sie hinsichtlich der herrschenden archäologischen Interpretationen. Für die NGO ist die Archäologie in Israel stark politisch gefärbt und entbehrt jeglicher professioneller Objektivität.¹

1 Siehe den Bericht *Selectively Sacred: Holy Sites in Jerusalem and its Environs*, <http://bit.ly/1X3Dc09>.

Illegale Grabungen

Jerusalem als wichtigste Grabungsstätte suggeriert dem Betrachter Jahrtausende von jüdischer Präsenz – so vom israelischen Tourismusministerium propagiert. Gleichzeitig wird die Existenz von palästinensischem und anderem kulturellem Leben negiert. So bekommen etwa BesucherInnen der Tunnelgänge in der Altstadt den Eindruck, alles sei von jüdischen Menschen erbaut worden. Hintergrundinformationen zu römischen, byzantinischen oder islamischen Prägungen fehlen komplett.

Nach der Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens wurden dort bedeutende Orte zu „National- und Kultureigentum erklärt [...]“. Obwohl archäologische Ausgrabungen in besetzten Gebieten und das Entfernen von Funden in diesen Gebieten völkerrechtlich untersagt sind, wurden seit 1967 ungefähr 5000 archäologische Stätten im Westjordanland erkundet“, schreibt Weizman in seinem Buch „Sperrzonen“. Die Besetzung dehnt sich so in ihrer Dimension aus und umfasst nebst der Erdoberfläche und dem Luftraum auch den gesamten Untergrund. Der Boden stellt für den Zionismus ein Objekt der Begierde dar und entsprechend gestalten sich auch die politischen Rahmenbedingungen. Mit dieser Machtdemonstration versucht der Staat zum einen, Werte zur Einigung der jüdischen Bevölkerung zu kreieren, und zum anderen, die emotionale Verbundenheit der palästinensischen Bevölkerung mit ihrem Land und deren internationale Akzeptanz zu untergraben.

Das Abwesenheitsgesetz (Absentee Property Law) ist hierfür ein hervorragendes Mittel: Es dient der Regierung dazu, unter legalem Vorwand Land zu konfiszieren und selbst über dessen Nutzung zu entscheiden. Basierend auf diesem Gesetz, sind viele Siedlungen und nationale Parks entstanden, und eben auch archäologische Ausgrabungsstätten.

In die Verteilung von Grabungserlaubnissen und in die Ausgrabungen selbst sind längst nicht mehr nur staatliche Organisationen involviert.

Die Gilde hat in den letzten Jahren Verstärkung bekommen. Rechtszionistische Kreise haben sich unter die Szene gemischt und nutzen diese Aktivitäten, um die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung voranzutreiben. Der Staat scheint dies zu begrüßen und übergibt gesetzlich definierte politische Kompetenzen in die Hände von Stiftungen und nicht staatlichen Organisationen mit dubiosen Verbindungen und Motivationen.

Zerstörte Kulturgüter

Die israelische Grabungsstätte City of David in Wadi Hilweh, einem Quartier im Jerusalemer Stadtteil Silwan, stellt dafür ein exemplarisches Beispiel dar. Hinter der Bezeichnung City of David verbirgt sich die Siedlerorganisation Elad. Die Organisation ist bekannt dafür, dass sie sich für die Judaisierung Jerusalems einsetzt. Seit den 1990er-Jahren verfolgt sie das Ziel, Silwan entsprechend umzugestalten. Zuerst bemühte sich Elad mithilfe des Abwesenheitsgesetzes um möglichst viele Räumungen, später trat sie auch als archäologische Institution auf und schaffte es 2005, Organisatorin des Archäologieparks City of David zu werden. In einem Artikel der israelischen Tageszeitung Haaretz vom 24.10.2011 liest man dazu Folgendes: „Das Abkommen zwischen den Beteiligten (der Grabungsstätte City of David, Anm. J.B.) beinhaltet die Erstellung einer Steuergruppe, deren Teilnehmer die Organisation Elad, die Stadtverwaltung Jerusalem und die INPA (Israelisches Ministerium für Parks und Natur) vertreten. Diese strategische Gruppe kümmert sich um die Langzeitplanung des Parks, Entscheidungen müssen von allen Beteiligten einstimmig gefällt werden.“ Und dies, so folgert die NGO Ir Amim, gibt Elad die Möglichkeit, alle Entscheidungen mit einem Veto zu beeinflussen. Mit so viel Macht betraut, hat Elad unter anderem durchgesetzt, dass ein grosser Teil des Areals am Sabbat geschlossen bleibt, eine Regelung, die für andere staatliche Parks nicht gilt. Weiter hat sie, wie Haaretz dokumentiert, in Eigenregie im Eiltempo sogenannte Rettungsgrabungen vorgenommen

und dabei etwa einen antiken muslimischen Friedhof zerstört, ohne das Ministerium für Religion darüber zu informieren.

Für die PalästinenserInnen in Silwan bedeutet dies alles nichts Gutes. Ihre unmittelbare Lebenswelt verändert sich, ohne dass sie daran beteiligt werden. Mit Bezug auf das nationale Interesse werden ihnen Gesetze aufgedrängt, ihr Bewegungsradius wird eingeschränkt, Land wird konfisziert, um weitere Grabungsorte erschliessen zu können, SiedlerInnen ziehen in der Nachbarschaft ein und damit auch das Militär und weiteres Sicherheitspersonal. Verhaftungen finden statt, wenn sich Jugendliche beispielsweise zu nahe an der Grabungsstätte oder den Siedlungen aufhalten, Häuser werden zerstört oder fallen aufgrund von entstandenen Tunnels von alleine zusammen. Wichtige Kulturgüter werden vernichtet und palästinensischen Forschern wird der Zugang verweigert – Archäologie zum Zwecke der Vertreibung, ganz legal und vom Staat gefördert.

Das Zelt, das die BewohnerInnen in der Nähe des Eingangs zum Park City of David errichtet haben, trotz den entstandenen Rissen. Dort, im Wadi Hilweh Information Center, geben Betroffene Auskunft über die aktuelle Lage, und man kann eine informative Ausstellung betrachten. Nur ein Bruchteil der jährlich 50 000 BesucherInnen der City of David finden allerdings den Weg dorthin.

Eyal Weizman Sperrzonen, Israels Architektur der Besetzung.

Hamburg 2009, Edition Nautilus,
ISBN 978-3-89401-605-0, € 24.90



Israels Politik der extralegalen Tötungen

Hanspeter Gysin

Seit Herbst letzten Jahres haben mehrere Angriffe von PalästinenserInnen auf jüdische Israelis, von den Medien als „Messerintifada“ bezeichnet, stattgefunden. In der Berichterstattung wurden die Täter meist als religiös fanatisiert oder bösartig antisemitisch und die israelische Reaktion als manchmal etwas zu hart, insgesamt aber verständlich beurteilt. Die Hinter- und Beweggründe der Gewalteskalation fanden kaum Beachtung.

Nach mehreren Mordanschlägen durch AngreiferInnen von palästinensischer wie israelischer Seite¹ in der zweiten Jahreshälfte 2015 und dem Vordringen einer israelischen Armeeeinheit in die Al-Aqsa-Moschee am 26. Juli 2015 folgten spontane Proteste von PalästinenserInnen in Israel und in den besetzten Gebieten. Polizei und Militär schlugen die Proteste blutig nieder und töteten dabei mehrere jugendliche PalästinenserInnen. Danach kam es zu den ersten Messerangriffen auf Juden/Jüdinnen.

Die Auseinandersetzung um die Al-Aqsa-Moschee ist nicht neu.

ren dort gestanden haben soll. Unter dem Vorwand, dort beten zu wollen, wird das Anliegen durch provokative, öffentliche Auftritte der Eiferer regelmässig vorgebracht. Der israelische Staat und das oberste Rabbinat des Landes versuchen zwar, entsprechende Aktivitäten in Grenzen zu halten, ganz eindämmen wollen sie diese jedoch nicht, unterstreichen sie doch Israels kategorischen Anspruch auf das ganze 1980 annektierte Jerusalem als „ungeteilte Hauptstadt“.²

Seit Sommer 2015 haben die israelischen Behörden über hundert Angriffe gezählt. Die Opferbilanz für die-

sen, weil man sie für PalästinenserInnen hielt.

Der überwiegende Teil der Messerangriffe jugendlicher PalästinenserInnen erfolgte nicht auf Zivilpersonen, sondern auf BesatzungssoldatInnen an Strassensperren, auf PolizistInnen der Besatzungsmacht und auf bewaffnete SiedlerInnen. Zum weit überwiegenden Teil spielten sich diese Angriffe innerhalb der besetzten Gebiete ab, wo PalästinenserInnen solche Taten als legitime Gegenwehr gegen Besatzung und Siedlungsbau, Vertreibung, Häuserzerstörungen und militärische Unterdrückung betrachten. Sie erfolgten in vielen Fällen als Reaktion auf die Tötung von Verwandten und FreundInnen. Einige Angriffe bestanden im mehr oder weniger folgenreichen Rammen von Personen mit Fahrzeugen, wobei nicht in jedem Fall klar ist, ob es sich um Absicht oder um einen Unfall handelte. Die meisten mutmasslichen TäterInnen wurden erschossen, was die israelische Regierung jeweils als Verteidigung oder Notwehr von angegriffenen Ordnungskräften bezeichnete. Es existieren jedoch Filme oder Fotografien, die von ZeugInnen mit heutigen Mitteln schnell gemacht sind und in zahlrei-



Schon oft haben jüdische Extremisten Anschläge auf das symbolträchtige Gebäude und seine Umgebung verübt. Eine Vereinigung mit dem Namen „Tempelinstitut“ hat sich zum Ziel gesetzt, den Felsendom neben der Moschee durch einen jüdischen Tempel zu ersetzen – nach der Vorstellung, wie er vor bald 2000 Jah-

sen Zeitraum lautet: etwa 25 Tote auf israelischer und mehr als 200 Tote auf palästinensischer Seite. Zu Ersteren zählen auch mehrere jüdische TouristInnen aus den USA, zu Letzteren ein eritreischer Asylbewerber. Der Eritreer und drei weitere israelische Juden/Jüdinnen wurden von Polizei, Militär oder Siedlern versehentlich erschos-

chen Fällen belegen, dass für solche Tötungen kein zu rechtfertigender Grund vorlag. Wie folgende Beispiele zeigen, befanden sich die meisten getöteten PalästinenserInnen auf der Flucht, waren von Bewaffneten umzingelt oder lagen verletzt am Boden, als auf sie geschossen wurde.³



Folgende Fälle sind gut dokumentiert:

4.10.2015 – Fadi Alloun, ein 19-jähriger Bewohner aus dem besetzten Ostjerusalem, wird auf dem Weg zur Arbeit von einer Gruppe von Siedlern verfolgt und auf deren Aufforderung hin von einem herbeigerufenen israelischen Polizisten erschossen. Ein Video zeigt die Verfolgungsjagd und dokumentiert das Geschrei der Siedler, die dazu auffordern, den Typen zu erschiessen. Nach den Schüssen hört man sie auch „Tod den Arabern“ skandieren und sieht, wie sie den getöteten jungen Mann mit Füßen treten.

9.10.2015 – Asra'a Abed, 29 Jahre alt und Mutter von drei Kindern, steht mit erhobenen Händen an einer Bushaltestelle, umringt von Uniformierten, die ihre Waffen auf sie richten. Sie wird aus sicherer Distanz niedergestreckt. Der Ablauf des Geschehens ist in diesem Fall lückenlos filmisch festgehalten. Der Frau wurde vorgeworfen, ein Messer gezückt zu haben. Ein Beweis dafür wurde nie vorgelegt. Was auf ihr gefunden wurde, war, wie das Video klar belegt, eine Sonnenbrille. Die israelischen Behörden, in deren Gewahrsam sich die Frau seither befindet, sagen, sie habe überlebt.

12.10.2015 – Die 17-jährige Marah al-Bakri wird beschuldigt, versucht zu haben, einen israelischen Soldaten anzugreifen. Eine Fotoserie der Szene lässt Zweifel an der behördlichen Version aufkommen. Die Bilder zeigen die junge Frau am Boden kniend, umringt von neun Soldaten und bewaffneten Zivilisten, die ihre Maschinengewehre und Pistolen auf sie

richten. Ein weiteres Bild zeigt sie in einer Blutlache liegend. Nach Aussage ihrer Eltern war sie auf dem Weg von der Schule nach Hause, als sie von einem Siedler angegriffen wurde. Gemäss Polizeiangaben soll auch sie überlebt haben und inhaftiert sein.

14.10.2015 – Bassem Sidr, 17 Jahre alt, wird in Jerusalem von einem Polizisten getötet, nachdem ein jüdischer Israeli ausgerufen hatte, er trage ein Messer auf sich. Ein solches konnte jedoch von der Polizei nie vorgelegt werden.

24.3.2016 – Ramzi Aziz al-Qasrawi, 21, und der gleichaltrige Abed al-Fatah al-Sharif greifen in der palästinensischen Stadt Hebron mit Küchenmessern einen Soldaten an und verletzen ihn leicht. Der Erstere wird sofort erschossen, sein Kollege angeschossen. Die von einer israelischen Menschenrechtsorganisation veröffentlichte Filmaufnahme zeigt in aller Deutlichkeit die kaltblütige Hinrichtung des angeschossenen, wehrlos am Boden liegenden Attentäters durch den israelischen Elitesoldaten Elor Azayra.⁴ Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass am Tatort mehrere bewaffnete, rechtsradikale jüdische Siedler anwesend sind, die, wie auf der Aufnahme ebenfalls zu sehen ist, mit den Soldaten in freundschaftlichem Austausch stehen.

Blutzoll einer Ortschaft

Innert weniger Wochen verlieren zwölf junge Bewohner des kleinen Städtchens Sa'ir bei Zusammenstößen ihr Leben. Alle Opfer waren miteinander verwandt oder Schulkolle-

gen. Sa'ir liegt etwas nordöstlich von Hebron, eingeklemmt zwischen den militärischen Absperrungen um Bethlehem im Norden und den illegalen Wehrdörfern der rechtsradikalen SiedlerInnen von Kyriat Arba und Givat Harsina im Süden, die den Zugang nach Hebron versperren. Im Osten liegt die illegale jüdische Siedlung Tekoa (wo der ehemalige Aussenminister Lieberman wohnt) und im Westen befindet sich der Siedlungsblock Gush Etzion.

12.11.2015 – Ein Kommando des israelischen Geheimdienstes überfällt das Krankenhaus Al Ahli in Hebron und nimmt den 20 Jahre alten Patienten Azzam al-Shalaldah fest. Dieser liegt in Rekonvaleszenz im Spital, weil er einen Monat zuvor beim Olivenpflücken von einem israelischen Siedler angeschossen und schwer verletzt wurde. Sein Cousin, der 28-jährige Abdullah al-Shalaldah, der ahnungslos den Raum betritt, wird umgehend erschossen. Die Betreiber des Spitals, die Organisation Ärzte ohne Grenzen, protestiert später vehement, aber folgenlos gegen dieses Vorgehen.⁵

7.1.2016 – An einer Strassensperre vor dem Siedlungsblock Gush Etzion erschossen Soldaten drei Jugendliche, die Cousins Alaa Kawazba, 17 Jahre, Muhannad Kawazba, 20 Jahre, und Ahmad Kawazba, 21 Jahre alt. Die Soldaten behaupten, sie seien angegriffen worden, wobei jedoch keiner von ihnen verletzt wurde. Am selben Tag tötet die Armee in der Nähe den 16-jährigen Khalil al-Shalaldah, dessen Bruder Opfer der oben genannten Erschiessung wurde.

12.1.2016 – Im Anschluss an einen Versuch, einen Soldaten anzugreifen, wird der 17-jährige Adnan Al-Mashni auf der Flucht von hinten erschossen. Sein Freund, der ihn in seinem Auto an den Tatort gefahren hat, Mohammed Kawazba, 23 Jahre alt und Bruder eines der Tage zuvor Erschossenen, wird dabei ebenfalls getötet.

Kritische Stimmen und ihre Wirkung

Im Januar dieses Jahres fordert die schwedische Aussenministerin Margot Wallström anlässlich einer Rede im schwedischen Parlament zur Lage im Nahen Osten, die Tötungen zahlreicher mutmasslicher palästinensischer AttentäterInnen von unabhängiger Stelle auf ihre Rechtmässigkeit untersuchen zu lassen. Die israelische Regierung reagiert furios, bezeichnet Wallström als Antisemitin (so z. B. Infrastrukturminister Yuval Steinitz), erklärt sie umgehend zur unerwünschten Person und verfügt ein Einreiseverbot gegen sie. Israeli-sche Massenmedien bezichtigen sie der Begünstigung des Terrorismus oder erklären sie für geistig unzurechnungsfähig (z. B. Manfred Gerstenfeld in der Jerusalem Post). In rechtsradikalen Medien wünscht man ihr den Tod. Jüdische Organisationen in aller Welt zeigen sich hell empört und fordern umgehend ihren Rücktritt.

Die Sozialdemokratin Wallström machte ihre Aussage aufgrund von Interventionen mehrerer Menschenrechtsorganisationen. Amnesty International hatte am 8. Oktober 2015 generell ein Ende der Gewalt gegen Zivilpersonen gefordert und Israel dazu aufgerufen, auf aussergerichtliche Tötungen zu verzichten. Nachdem am 6. Oktober 2015 eine ihrer gekennzeichneten MitarbeiterInnen anlässlich einer friedlichen Protestkundgebung bei Ramallah mit kunststoffummantelten Stahlkugeln beschossen und verletzt wurde, wies auch Human Rights Watch auf die Unrechtmässigkeit von exzessiver Gewalt hin und verurteilte die ungerechtfertigte Tötung von PalästinenserInnen. Am 16. Oktober 2015 veröffentlichte Eu-

romed Rights an einer Pressekonferenz in Genf einen Bericht mit dem Titel „Israel's Arbitrary Killings and its System of Structural Violence“. Die Webseite Mondoweiss der beiden Journalisten Philip Weiss und Adam Horowitz verband diesen Bericht mit einem eigenen Beitrag und veröffentlichte zum Teil heimlich aufgenommene Videoaufzeichnungen und Fotos, die in acht Fällen solche faktischen Hinrichtungen dokumentieren.

Zwischen Moral und Schiessbefehl

Die israelische Armee, von ihren höchsten Offizieren gerne als „moralischste Truppe der Welt“ bezeichnet, kennt einen Befehl, der die Tötung von Wehrlosen verbietet. Die unzähligen, auch dokumentierten Beispiele zeigen aber, dass Verstösse gegen diese Regel an der Tagesordnung sind und kaum Folgen für die Täter haben. Selbst dann nicht, wenn die Erschiessung nur wegen eines Steinwurfs auf ein Militärfahrzeug erfolgte.⁶

Auf der einen Seite ruft Bildungsminister Naftali Bennett laut Zitat der Zeitung Jedioth Aharonot unwidersprochen dazu auf, „Terroristen“, deren man habhaft werde, zu erschiessen und zur Abschreckung die Häuser der Familien zu zerstören. Zudem zeigt er sich stolz darauf, schon eigenhändig zahlreiche „Terroristen“ erschossen zu haben. Justizministerin Ajelet Schaked twittert, man sollte die Mütter der „Terroristen“ töten, damit sie nicht weitere „Schlangen“ gebären, wie sie sagt. Auf der anderen Seite erklärt der Generalstabschef der Armee, Gadi Eizenkot, gegenüber den Weltmedien mit Unschuldsmiene, er lehne aussergerichtliche Tötungen kategorisch ab.⁷

Zum Schluss

Der Generalsekretär der UNO, Ban Ki Moon, wandte sich Ende letzten Jahres mit den Worten an die palästinensische Jugend: „Ich verstehe, dass ihr frustriert seid. Ich weiss, dass eure Hoffnung für Frieden immer wieder zerstört wurde. Ihr seid wütend wegen der anhaltenden Besatzung und

dem Ausbau der Siedlungen. Ich verlange von euch nicht, untätig zu bleiben. Aber ihr müsst die Waffen der Verzweiflung niederlegen.“ Was sie tun sollten, um endlich das Joch der israelischen Besatzung abzustreifen, das hat er ihnen nicht gesagt. Die Empörung in Israel über die Aussage Ban Ki Moons war dennoch riesig.

1 Am 31. Juli 2015 fand im palästinensischen Städtchen Duma ein Brand- und Mordanschlag durch jüdische Siedler statt.

2 Dies im diametralen Gegensatz zum sogenannten UN-Teilungsplan (Resolution 181) von 1947, der Jerusalem als neutrales Gebiet unter internationaler Kontrolle vorsah.

3 Beweisvideos beispielsweise unter: <http://bit.ly/1MKkZm7> und <http://bit.ly/1Wfop25>.

4 Siehe <http://bit.ly/1ULh4HU>.

5 Ärzte ohne Grenzen fordert die zuständigen militärischen Behörden dazu auf, den speziellen Status im humanitären Völkerrecht zu respektieren, der medizinische Einrichtungen, die Verletzten und die Kranken schützt. Die Organisation sagt, die Art, wie Shalaldah festgenommen worden sei, widerspreche den Prinzipien der Neutralität und dem Respekt gegenüber dem medizinischen Auftrag. Siehe auch <http://bit.ly/1WHDMAP>.

6 Der Kommandant der israelischen Armee, Yisrael Shomer, knallte im letzten Jahr einen 17-jährigen Jungen namens Muhammad al-Kasbeh kaltblütig ab, nachdem dieser Steine gegen sein Armeefahrzeug geworfen hatte. Das israelische Gericht hat ihn später vollumfänglich freigesprochen.

7 Die israelische Menschenrechtsgruppe B'tselem dokumentiert Menschenrechtsverstösse in erschöpfender Weise: <http://bit.ly/1Pb2ztR>.

Yusif Sayigh: Arabischer Ökonom, palästinensischer Patriot. Fragmente einer Lebensgeschichte.

Ingrid Jaradat Gassner



Reste der Kirche in Yusif Sayighs Geburtsort al-Bassa. Foto: Zochrot

Yusif Sayigh (1916–2004) ist in Fachkreisen als Experte für die wirtschaftliche Entwicklung der arabischen Region und als ehemaliger Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung und Vorsitzender der Abteilung Ökonomie an der American University of Beirut (AUB) weit bekannt. Andere wiederum kennen ihn aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit für die PLO und seines unermüdlichen Einsatzes für die strategische Planung von Widerstand und wirtschaftlicher Entwicklung, unter anderem durch die Gründung der Organisation für Wirtschaftsentwicklung und Wiederaufbau Palästinas (PEDRA, die heutige PECDAR). Seine Lebensgeschichte wurde von Yusifs langjähriger Lebensgefährtin, der Anthropologin Rosemary Sayigh, herausgegeben. Das Werk ist keine der üblichen Biografien bedeutender Persönlichkeiten. Vielmehr zeigen sich auch hier Rosemary Sayighs Liebe und Aufmerk-

samkeit für das Detail und das „Gewöhnliche“, die schon ihre früheren Oral-History-Werke auszeichnen.¹

Durchlässige Grenzen

Yusif's Erinnerungen an Orte und Stationen seiner Kindheit und Jugend verdeutlichen das Ausmass an Bewegungsfreiheit und Mobilität, das selbst einem gewöhnlichen Dorfjungen im Palästina vor 1948 offenstand. Trotz britischer und französischer Kolonialherrschaft sowie willkürlicher geografischer Aufteilungspolitik war Palästina im Alltag der Menschen immer noch Teil des *Bilad al-Scham* (Gross-Syrien), da die Grenzen zum Libanon und zum eigentlichen Syrien sehr durchlässig waren. Von Kharaba, einem kleinen Dorf im

Süden Syriens, wo der Vater als protestantischer Pastor eine Kirchgemeinde aufbaute, folgen wir Yusif zurück an seinen Geburtsort al-Bassa im Norden Palästinas. Wir begleiten ihn nach Sidon im Süden des Libanon, wo er ein Internat besuchte, und weiter nach Beirut, wo Yusif sein Universitätsstudium absolvierte und die ganze Familie Sayigh die libanesisches Bürgerschaft erhielt, nur weil der Familienbesuch just in die Zeit eines Aufrufs zur allgemeinen Registrierung fiel. Von Beirut führte Yusifs Weg nach Tiberias (Palästina), Tikrit (Irak) und Jerusalem, diesmal wegen eines Bürojobs, der es Yusif erlaubte, das Studium der jüngeren Geschwister zu finanzieren. Bereits damals betätigte sich Yusif als politischer Aktivist und engagierte sich im arabischen Widerstand gegen die zionistische Kolonisierung Palästinas.

Fruchtbares Land

Erinnerungen an al-Bassa lassen das Dorf an Palästinas Gesellschaft keineswegs statisch, konservativ und in Armut und religiösen Traditionen verhaftet war. Immer wieder ist die Mutter da, um ihre Kinder vor der rigiden protestantischen Disziplin des Vaters zu beschützen. Yusifs Mutter ist eine willensstarke Frau, die während einer Abwesenheit ihres Mannes die mutige und folgenschwere Entscheidung trifft, den Familienhaushalt in Kharaba während des Aufstands gegen die französische Kolonialmacht 1923 aufzulösen. Die Familie verlässt das armselige syrische Dorf und zieht zurück in das Heimatdorf al-Bassa, um

¹ Rosemary Sayighs *From Peasants to Revolutionaries* (1979) und *Too Many Enemies* (1994) behandeln Erfahrungen palästinensischer Flüchtlinge im Libanon und gelten als wegweisende Werke der Oral History. Neuausgabe von *Too Many Enemies*, Al-Mashriq 2015, Paperback, Fr. 16.80, Direktbestellung: <http://bit.ly/24M95Nm>.

Gewalt und Armut zu entkommen und den Kindern eine moderne Ausbildung zu sichern. Yusifs liebevolle und detaillierte Erinnerungen an al-Bassa lassen das Dorf an Palästinas fruchtbarer nördlicher Mittelmeerküste und seine muslimische und christliche Bevölkerung wieder erleben als einen Ort liberaler Traditionen, mit Obst- und Tabakplantagen und ersten romantischen sowie sexuellen Abenteuern.

Geschichten aus dem Studentenleben in Beirut vermitteln die Intensität der damaligen intellektuellen Debatte zwischen panarabischen NationalistInnen und der Schule des gross-syrischen Nationalismus über die bevorzugte postkoloniale Ordnung im arabischen Raum. Wir sehen Yusif in Diskussionen mit bewunderten Theoretikern beider politischen Strömungen, zunehmend politisiert und schliesslich als Mitglied der syrisch-nationalen PPS, für die er sich aufgrund der klaren säkularen Ausrichtung und ihres Widerstands gegen den Kolonialismus entscheidet. Yusifs Erfahrungen mit der PPS und ihrem charismatischen Anführer Antun Sa'adeh ziehen sich durch die Kapitel 5 bis 8 der Memoiren (1934–1956). Frustration über die mangelnde Transparenz der geheimen politischen Arbeit wird ihn sein Leben lang davon abhalten, erneut einer politischen Partei beizutreten.

Flucht und Gefangenschaft

Die Nakba zwingt die Familie Sayigh zur Flucht nach Beirut. Yusif selbst wird im Mai 1948 zusammen mit einer Gruppe junger Männer in Jerusalem von einer zionistischen Miliz aufgegriffen. Das Kapitel „Prisoner of War“ (Kriegsgefangener) ist ein seltener und lebhafter Augenzeugenbericht über Hunger und Massenhinrichtungen in den provisorischen israelischen Gefängnislagern. Wir erleben Yusif als mutigen jungen

Mann, der die Anerkennung palästinensischer ZivilistInnen als geschützte Kriegsgefangene zu einer Zeit einfordert, als die Genfer Konventionen noch nicht unterzeichnet waren. Und wir erleben die Erleichterung der damaligen palästinensischen Kriegsgefangenen über das Erscheinen des Internationalen Roten Kreuzes.²

Bemerkenswert und aus der gegenwärtigen Perspektive verblüffend ist die Art und Weise, wie Yusif über seine Deportation aus Jerusalem im Frühling 1949 spricht: Es ist eine Geschichte über die Befreiung aus israelischer Gefangenschaft und das Wiedersehen mit FreundInnen, GenossInnen, KollegInnen und Familie, erst in Ostjerusalem, dann in Amman und Beirut. Vielleicht ist diese Deportation, die ins permanente Exil führte und den endgültigen Verlust der Heimat bedeutete, zu schmerzhaft, um sie als solche zu erinnern? Oder war sie damals einfach kein erinnerungswürdiges Ereignis für den Gefangenen, der, entlassen in das Bilad al-Scham seiner Jugend, sofort wieder sein politisches und akademisches Engagement aufnehmen würde für eine bessere postkoloniale arabische Welt, die Palästina mit einbegriff?

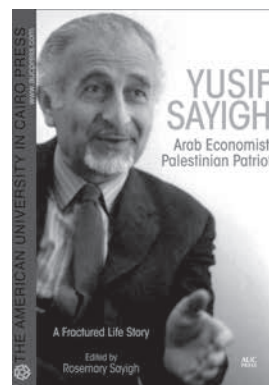
Politische und wissenschaftliche Arbeit

Kapitel 12 ist Yusifs Tätigkeit für die PLO gewidmet. Diese begann 1964 mit der ersten Sitzung des Palästinensischen Nationalrates (PNC) und dauerte bis kurz nach der Unterzeichnung der ersten Interimsabkommen (Oslo-Verträge) zwischen der PLO und Israel Mitte der 1990er-Jahre. Die aufgezeichneten Erinnerungen zeigen den Wissenschaftler Yusif Sayigh unermüdlich arbeitend, zuerst an der Entwicklung eines umfassenden Plans für die palästinensische Befreiungsbewegung und später an einem wissenschaftlich fundierten Modell für den wirtschaftlichen Aufbau

des Staates Palästina. Letztlich ohne Groll und mit Humor erzählt Yusif von schmerzhaften Ereignissen, die das mangelnde Interesse der PLO-Führung an seinen Plänen und Bemühungen um eine effiziente und transparente Organisation der Befreiungsbewegung veranschaulichen. Die Herausgeberin weist in ihrer Einleitung darauf hin, dass die Aufzeichnung der Erinnerungen aus diesem Lebensabschnitt fragmentarisch bleiben musste, da der intensive Arbeitseinsatz und die damit verbundene gesundheitliche Beeinträchtigung Yusif Sayigh letztendlich daran hinderten, seine Erfahrungen vollständig wiederzugeben und auch zu reflektieren. Aus diesem Grund bleiben viele Fragen zur Geschichte der PLO, die heute vor allem jüngere palästinensische Generationen beschäftigen, unbeantwortet.

Das letzte Kapitel des Buches enthält eine Übersicht über das wissenschaftliche Werk dieses Pioniers moderner arabischer Ökonomie. Zeitlebens hat Yusif Sayigh auf die Verantwortlichkeit von Politik für eine arabische, inklusive palästinensische, postkoloniale wirtschaftliche Entwicklung bestanden. Dies und der Grundsatz, dass wirtschaftliche Entwicklung soziale Gerechtigkeit erfordert, waren als Wirtschaftswissenschaftler seit seiner ersten bedeutenden Studie *Bread with Dignity* (1961) Leitmotive seiner Arbeit.

Yusif Sayigh: Arab Economist, Palestinian Patriot, herausgegeben von Rosemary Sayigh, 2015: A Fractured Life Story, AUC press, Hardcover, ISBN 9789774166716, US-\$ 45. Direktbestellung: <http://bit.ly/1TQGukU>



2 Eine kürzlich veröffentlichte Studie dokumentiert Yusif Sayighs und ähnliche Augenzeugenberichte aus dem Jahr 1948 und analysiert kritisch die damalige Rolle des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK): Salman Abu Sitta und Terry Rempel; Z. 5: Nr. 4, "The ICRC and the Detention of Palestinian Civilians in Israel's 1948 POW/Labor Camps during the 1948 War", *Journal of Palestine Studies* Vol. XLIII, No. 4 (Sommer 2014).

Die Kennzeichnung von Siedlungsprodukten verschleiert die wirtschaftliche Realität

Roman Vonwil

Mit der neuen Richtlinie zur Kennzeichnung von Siedlungsprodukten bleibt die EU hinter ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen zurück. Und sie ignoriert auch die Realität der zunehmenden Verwischung der Grünen Linie durch Israel.



Wegweiser zur Industriezone Mishor Adumim: Nilfanion, via Wikimedia Commons, CC BY 2.0

Die EU hat im vergangenen November eine Richtlinie erlassen, nach der zukünftig Produkte aus israelischen Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem sowie auf den Golanhöhen von allen Mitgliedsstaaten als solche deklariert werden sollen.¹ Die israelische Regierung lief postwendend Sturm. Premierminister Netanyahu erklärte, der Entscheid führe einen doppelten Standard für Israel ein, bestrafe das Opfer einer neuen Welle des Terrorismus mit einem Boykott und stehe einer Lösung des Konflikts im Weg.² Im gleichen Atemzug drohte er, alle diplomatischen Beziehungen mit der EU in Bezug auf Friedensbemühungen mit den PalästinenserInnen abzubrechen.

In Reaktion auf diese Behauptungen der israelischen Regierung betont die EU-Kommission, es handle sich um eine rein technische Massnahme, mit dem Ziel, den KonsumentInnen nötige Informationen über die Herkunft der Produkte zur Verfügung zu stellen. BürgerInnen sollen selbst entscheiden, ob sie Produkte aus den Siedlungen kaufen oder nicht. Mit dem Hervorheben der individuellen Verantwortung für richtige Kaufentscheidungen lenkt die EU aber von ihrer eigenen politischen und rechtlichen Verantwortung in Bezug auf die Illegalität israelischer Siedlungen ab.³ Dass sie mit dieser Massnahme klar hinter ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen zurückbleibt,

zeigt der Völkerrechtsexperte Tom Moerenhout in einer Studie (2012).⁴ Er betont, dass durch die Illegalität der Siedlungsaktivitäten alle Staaten verpflichtet sind, keinen Beitrag an das Fortbestehen dieser Situation zu leisten. Dies betrifft auch den Handel mit den Siedlungen: Dieser stellt sowohl einen ökonomischen Beitrag an die Aufrechterhaltung der Siedlungen als auch deren implizite Anerkennung dar und ist demnach einzustellen.

Faktische Dominanz Israels

Dennoch enthält der EU-Beschluss durchaus eine an die israelische Regierung adressierte politische Botschaft. Nach dem Iran-Abkommen ist dies nun die zweite grosse diplomatische Niederlage für die Regierung Netanjahu. Die EU-Kommission nutzte die Mitteilung über die neuen Richtlinien, um abermals explizit darauf hinzuweisen, dass die besetzten Gebiete nicht zum israelischen Hoheitsgebiet zählen und dass sie die Siedlungen als illegal und als ein Haupthindernis auf dem Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung betrachtet.

Gerade in dieser Auffassung zeigt sich jedoch ein Hauptversäumnis der europäischen Politik gegenüber Israel. Sie bewegt sich immer noch innerhalb der Logik des seit Jahren gescheiterten Oslo-Abkommens und zieht erneut die Besatzung als Hauptgrund für das Scheitern aller Friedensbemühungen heran. Die EU verhält sich dabei so, als ob zwei von-

1 <http://bit.ly/1T4r4wd>

2 <http://bit.ly/1UDL9bW>

3 <http://bit.ly/1WMMVYt5>

4 <http://bit.ly/1O1L4NU>

einander unabhängige und verschiedene Regimes in Israel und in den besetzten Gebieten existierten. Sie verschleiert damit die Realität, in der kein Unterschied zwischen dem Besatzungsregime und der als legitim betrachteten israelischen Regierung besteht.⁵

Erstaunlich entlarvend ist hier die Reaktion der Regierung auf den EU-Beschluss. Sie nimmt die unterschiedliche Herkunftsbezeichnung als einen doppelten Standard wahr, den sie selbst nicht nachvollziehen will oder kann. Folglich betrachtet sie die Massnahme als Angriff auf Israel selbst und sieht zumindest einem Teil des Staates die Legitimität abgesprochen. Diese Reaktion ist nicht verwunderlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die Siedlungspolitik auf eine Einverleibung der besetzten Gebiete (oder zumindest des grössten Teils davon) abzielt.

Das bewusste und systematische Ignorieren der Grünen Linie kennzeichnet auch die israelische Wirtschaft. In den besetzten Gebieten werden Rohstoffe für die Weiterverarbeitung zu fertigen Produkten innerhalb der Grenzen Israels abgebaut. In einem solchen Fall bleibt unklar, wie das Endprodukt gekennzeichnet werden soll. Israelische Banken vergeben Hypotheken an SiedlerInnen im Westjordanland, vom subventionierten Siedlungsbau profitieren wiederum israelische Baufirmen. Viele Unternehmen operieren auf beiden Seiten der Grünen Linie. So besitzt etwa die im Agrarbereich tätige Exportfirma Mehadrin (mit Hauptsitz in Be`erot Yitzaq und einer Niederlassung in der Schweiz) sowohl in Israel als auch den besetzten Gebieten Dattelpflanzungen und Verpackungsanlagen.⁶ In diesen Anlagen werden nachweislich Siedlungsprodukte falsch etikettiert.

Welche Probleme solche Verwicklungen für eine genaue Herkunftsde-

klaration bieten, zeigten kürzlich zwei Beispiele in der Schweiz. Die beiden wichtigsten Grossverteiler versuchen, Siedlungsprodukte als solche auszuweisen und zumindest teilweise aus dem Sortiment auszuschliessen. Im Dezember führten mehrere Coop-Filialen Kräuter mit der Herkunftsbezeichnung „Westbank“. Auf Nachfrage beteuerte der Grossverteiler, die Kräuter seien zwar in Israel selbst hergestellt, jedoch vom Lieferanten mit der falschen Herkunftsdeklaration versehen worden. Trotzdem seien die Kontrollmechanismen für die Herkunftsüberprüfung vollkommen zureichend. Zur gleichen Zeit verkaufte Migros in einigen Läden unter der Etikette „Hergestellt in Israel“ Datteln des Produzenten Zorganica, dessen Plantagen sich in der Zarzir-Enklave in den besetzten Gebieten befinden.

Die Kennzeichnung von Siedlungsprodukten bringt also nicht die versprochene Transparenz, da sie die Realität der Auflösung der Grünen Linie vor Ort ignoriert. Im Gegenteil, trägt sie dazu bei, die wirtschaftspolitische Dimension der Besatzung auch weiterhin zu verschleiern und den europäischen KonsumentInnen vorzutäuschen, sie könnten mit gutem Gewissen israelische Produkte kaufen, ohne sich damit an der Aufrechterhaltung der Unrechtssituation der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten zu beteiligen.

Zögerliche Schritte

Die Politik der EU und der internationalen Staatengemeinschaft erlaubt Israel seit Jahren, vollendete Tatsachen zu schaffen und durch den Siedlungsbau, die andauernde Besatzung und die Zerstörung der palästinensischen Wirtschaft und Gesellschaft den Zugriff auf die besetzten Gebiete weiter zu festigen. Dass europäische Länder nach wie vor nicht gewillt sind, wirksame Schritte in Bezug auf die Illegalität der Siedlungen zu unternehmen, zeigte sich jüngst auch in der Abstimmung über eine Resolution des UN-Menschenrechtsrats zu den Siedlungen.⁷ Darin wurde unter anderem das Erstellen einer Datenbank mit Firmen gefordert, die in ir-

gendeiner Form von den Siedlungen profitieren. Die europäischen Mitglieder des Menschenrechtsrats enthielten sich der Stimme. Der zögerliche und unzulängliche Schritt, den die EU mit der Kennzeichnungspflicht tat, hat zu diesem Zeitpunkt nur noch symbolischen Charakter und trägt kaum zu einer Verbesserung der Situation für die Unterdrückten bei. Er hat allenfalls eine beruhigende Wirkung auf europäische KonsumentInnen und täuscht darüber hinweg, dass die EU ihren Verpflichtungen nicht nachkommt.

Und die Schweiz?

Ob sich die Schweiz der Kennzeichnungspflicht in der EU anschliessen wird, ist noch offen. Es kann jedoch erwartet werden, dass die Schweiz den Schritt nachvollzieht und in nächster Zeit eine ähnliche Regelung einführt. Auf eine parlamentarische Anfrage von Nationalrätin Munz antwortete der Bundesrat, die bestehenden Kennzeichnungsrichtlinien würden zurzeit anhand der EU-Richtlinie überprüft. Die Schweizer Zollverwaltung unterscheidet bereits heute bei der Einfuhr zwischen Produkten aus den Siedlungen und solchen aus Israel. Während Letztere unter dem Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Israel bevorzugt verzollt werden, gilt dies nicht für Siedlungsprodukte. Die beiden wichtigsten Grossverteiler Coop und Migros haben gegenüber BDS Schweiz und anderen Organisationen erklärt, sie verkauften unter ihren jeweiligen Eigenmarken keine Produkte aus dem Siedlungsgebiet. Ob dies auch für Waren von den Golanhöhen gilt, ist noch abzuklären. Der Druck auf die Grossverteiler, keine Waren aus besetzten Gebieten zu verkaufen, nimmt auch in einem anderen Zusammenhang zu: So fordert die Organisation Terre des Hommes Schweiz nun ebenfalls eine striktere Handhabung für Produkte aus der besetzten Westsahara.

5 <http://bit.ly/1rwuITi>

6 <http://whoprofits.org/company/mehadrin-group>

7 <http://bit.ly/1VMb7LF>

Lukratives Geschäft der Zerstörung

Isabelle Bourguignon



Beit Hanoun, Sommer 2015. © Shirin Amrad

Das Büro für die Koordination der humanitären Angelegenheiten (OCHA)¹ beziffert die Zahl intern Vertriebener im Gazastreifen auf 75 000 Menschen. Während des letzten israelischen Angriffs 2014 verloren 16 000 Haushalte ihr Heim. Zahlreiche öffentliche Infrastrukturen wie Schulen, Spitäler, sanitäre Einrichtungen, Energieversorger wurden schwer beschädigt. Die Binnenvertriebenen leben unter prekären Bedingungen, ein Viertel haust in den Ruinen ihrer Häuser. Gemäss OCHA benötigen heute von den 1,8 Millionen BewohnerInnen des Gazastreifens über 1,3 Millionen humanitäre Hilfe. Während Israel für Völkerrechtsverletzungen nicht zur Rechenschaft gezogen wird, zieht der israelische Baumarkt, wie ein kürzlich erschienener Bericht von *Who profits*² zeigt, Profit aus den Zerstörungen.

Im September 2014 wurde ein Abkommen zwischen der UNO, Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde unterzeichnet, das den Import von Baumaterial für den Wiederaufbau erleichtern sollte. Faktisch institutionalisiert es die seit Juni 2007

verhängte Blockade. Gemäss dem vereinbarten Wiederaufbaumechanismus behält sich Israel das Recht vor, auf die Daten der Eigentümer der zerstörten oder beschädigten Häuser zuzugreifen und über die Anträge auf Baumaterial zu entscheiden. Zudem ist vorgesehen, dass Israel die Lieferanten von Baumaterial auswählen kann. Dies erlaubt Israel, die Kontrolle über den Gazastreifen aufrechtzuerhalten und durch Bevorzugung israelischer Firmen die eigene Wirtschaft zu stärken.

Die Zementfabrik Nesher ist ein bezeichnendes Beispiel für diese Politik. „Der Bau einer Heimstätte für das jüdische Volk muss auch den Aufbau eines hebräischen Zementfabrik einschliessen“, heisst es auf der Firmen-Homepage. Nesher besitzt das Monopol über den Zementmarkt in Palästina/Israel. Wie *Who profits* betont, ist es mehr als wahrscheinlich, dass die

Trennmauer, der Grossteil der Checkpoints, Siedlungen und israelischen Infrastrukturen in den besetzten Gebieten mit Zement dieses Unternehmens gebaut wurden. Apartheid und Besatzung stärken damit direkt die israelische Wirtschaft. Im Gazastreifen, wo die Kosten für den Wiederaufbau von der Palästinenserbehörde auf 7,8 Mrd. US-\$ geschätzt werden, garantiert das erwähnte Abkommen Nesher einen privilegierten Marktzugang. Die allein für den Wiederaufbau der zerstörten Wohneinheiten nötigen 2,5 Mrd. US-\$ wären für die Zementfirma eine erhebliche Einkommensquelle.

Doch der Wiederaufbau findet kaum statt. Im Januar 2015 kündigte das UNO-Hilfswerk für Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) an, die Hilfsprogramme für Tausende PalästinenserInnen, die im Sommer 2014 obdachlos wurden, einzustellen. Das von den Gebern versprochene Geld war nicht angekommen. Im März 2016 gab der UN-Sonderkoordinator für den Nahost-Friedensprozess, Nikolay Mladenov, bekannt, dass nur 35% der 2014 an einer Geberkonferenz zugesagten 3,5 Mrd. US-Dollar an Hilfsgeldern wirklich eingetroffen seien.

Im Gazastreifen bleibt die Lage derweil prekär. „Ein normales Funktionieren kann weder in der Wasseraufbereitung noch bei den Abwässern, der Elektrizität und der Gesundheit gewährleistet werden“, erklärt der Anwalt Raji Sourani in einem Interview mit der Tageszeitung *Le Courrier*³. Die Armut ist extrem, die Arbeitsmöglichkeiten sind fast inexistent, die Nahrungsunsicherheit und die Gesundheitslage der Bevölkerung sind besorgniserregend, schreibt auch die UNRWA in ihrem Bericht von Mai 2016⁴. Angesichts dieser Situation appelliert Sourani an die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft und fordert die Europäische Union auf, ihr Assoziationsabkommen mit Israel zu überprüfen.

1 OCHA, *Gaza, Internally displaced persons*, Avril 2016, <http://bit.ly/1Nka2CE>.

2 *Reconstruction of Gaza: Zero buildings, massive Profit*, Februar 2016, <http://bit.ly/1Tb4grB>.

3 *Le courrier*, <http://bit.ly/1TQA6Kf>.

4 UNRWA, *Gaza situation report 142*, <http://bit.ly/27dXtox>.

Kultur ist ein biegsamer Begriff

Plädoyer für den kulturellen Boykott

Birgit Althaler

Der Aufruf zum kulturellen Boykott erhitzt manche Gemüter. Um hiesige KulturveranstalterInnen dafür zu gewinnen, sich mit dem palästinensischen Aufruf zu solidarisieren, bedarf es aber noch einiger Überzeugungsarbeit.



Zerstörung von Kulturgut: Lifta bei Jerusalem, dem Zerfall preisgegeben; Foto: Zochrot

Der simple Wunsch von Ofira Henig, für ihre aktuelle Produktion an der Schaubühne Berlin im Programmheft mit Haifa und nicht mit Israel als Herkunft aufgeführt zu werden, ist ein Politikum und der israelischen Tageszeitung Jerusalem Post (30.3.16) einen Artikel wert. Die Theaterregisseurin Henig thematisiert in ihrer Arbeit immer wieder die Lage der PalästinenserInnen. Sie arbeitet eng mit palästinensischen SchauspielerInnen und Kulturschaffenden zusammen. In Israel wurde sie heftig angefeindet, als sie gemeinsam mit 60 anderen Theaterleuten den Boykott von Aufführungen in der völkerrechtswidrigen Siedlung Ariel unterstützte. Ofira Henig ist auch eine jener Kulturschaffenden, die im Rahmen des Festivals Culturescapes Israel 2011 in der Schweiz auftraten. Zum Boykott dieses Events konnte sie sich damals nicht durchringen, sie

beteiligte sich aber an einer kontroversen Podiumsdiskussion und kritisierte an der Eröffnung in Anwesenheit des israelischen Botschafters die Vereinnahmung von Kultur durch den israelischen Staat. Für ihr aktuelles arabischsprachiges Stück verzichtet sie bewusst auf staatliche Subventionen.

Zunehmend sind Veranstaltungen, an denen offizielle israelische Stellen beteiligt sind, mit Boykottaufrufen konfrontiert und müssen sich der Diskussion über die Komplizenschaft von Kulturinstitutionen mit der diskriminierenden Politik des Staates stellen. Israelische Kulturschaffende, die im Ausland auftreten, und Veranstalter, die israelische Kulturproduktionen programmieren, müssen wohl oder übel eine Haltung zum palästinensischen Aufruf für einen akademischen und kulturellen Boykott von Israel (PACBI) einnehmen. Der Boykott ist eine Rea-

lität, und so müssen sich auch KuratorInnen vor Ort mit dem Thema befassen.¹

In Zusammenarbeit mit palästinensischen Kulturschaffenden aller Sparten und auf der Grundlage praktischer Erfahrungen hat PACBI einen differenzierten Leitfaden für Kriterien des kulturellen Boykotts herausgegeben.² Zensur und Gesinnungsschnüffelei lehnt PACBI entschieden ab. Der Boykottaufruf richtet sich explizit gegen Institutionen, die mit den israelischen Herrschaftsstrukturen verbunden sind, und nicht gegen individuelle Kulturschaffende aufgrund ihrer Ansichten oder ihrer nationalen Zugehörigkeit. Auch der Bezug von staatlichen Fördermitteln in Israel selbst ist kein Kriterium.

Boykott als Druckmittel hat sich in vielen Ländern und Zusammenhängen bewährt. Er ist kein Selbstzweck, sondern ein taktisches, in einem konkreten Kontext auf ein konkretes Ziel orientiertes Instrument. „Ein Boykott richtet sich gegen eine bestimmte Politik und jene Institutionen, die diese entweder aktiv oder stillschweigend umsetzen. Ziel des Boykotts ist nicht, auszugrenzen, sondern eine Veränderung herbeizuführen“, schreibt der britische Schriftsteller John Berger, als er 2006 mit KollegInnen einen Aufruf an AutorInnen, Filmschaffende, KünstlerInnen, MusikerInnen etc. zum kulturellen Boykott Israels lanciert. Seither haben Kulturschaffende in vielen Ländern öffentlich erklärt, dass sie nicht in Israel auftreten werden, solange die repressive Politik gegenüber den PalästinenserInnen anhält.

Spannungsfeld von Politik und Kultur

In der Schweiz gab es in den letzten Jahren zwei bedeutendere Anlässe, bei denen zum Boykott aufgerufen wurde: das Festival Culturescapes Israel 2011 und das Filmfestival Locarno

2015, das seine „Carte Blanche“ Israel widmete. Dutzende Kulturschaffende forderten die Veranstalter auf, die Zusammenarbeit mit den staatlichen israelischen Institutionen aufzukündigen. Die Auseinandersetzung fand Eingang in die Medien und provozierte Diskussionen. Die angesprochenen KulturveranstalterInnen liessen sich davon mehrheitlich nicht beeindrucken. Einzige kosmetische Korrektur des Filmfestivals Locarno: die „Carte Blanche“ wurde in „First Look“ umbenannt, was den regimekritischen israelischen Aktivisten Ronnie Barkan zum Kommentar veranlasste, die Veranstalter und die Medien mögen doch einen „zweiten Blick“ hinter die glänzende Fassade israelischer (Kultur-) Politik werfen.

Offenbar können es viele Kulturschaffende mit ihrem Verständnis von Kunst und deren Spannungsverhältnis zur Politik vereinbaren, den kulturellen Boykott Israels zu unterstützen – auch in der Schweiz und da insbesondere in der Romandie. Unter oppositionellen israelischen KünstlerInnen und Intellektuellen wächst ebenfalls die Gruppe derer, die den Boykott als legitimes und bitter nötiges Mittel ansehen, um auf einen Systemwechsel hinzuwirken.

Anders die Reaktion der meisten IntendantInnen und VertreterInnen von Kultureinrichtungen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hielten sie an ihrer Zusammenarbeit mit dem israelischen Staat fest. Ist es Uninformiertheit, Arglosigkeit oder schlicht Opportunismus, die hiesige KulturmanagerInnen veranlassen, das Logo des israelischen Staates auf ihr Programm zu setzen, mit israelischen Botschaftern aufzutreten und mit israelischen Behörden zu verhandeln – und gleichzeitig zu beteuern, Kultur stehe über der Politik?

Hier eine Auswahl der Reaktionen: „Boykott ist das falsche Signal, insbesondere wenn Kulturschaffende betroffen sind ... Wenn die, die vor Ort leben, nicht gehört werden können, hat man weniger Kenntnisse der Lage, die Vorurteile wachsen und die Grenzen verhärten sich. Die Wirkung von Culturescapes zielt auf Dialog,

auf Öffnung der Wahrnehmung, auf Reflexion, nicht auf Vertreten einer politischen Meinung. Auf dem Gebiet der Kunst und Kultur soll Bewegung und Austausch immer möglich sein.“ (Culturescapes) „Es sind in der Regel Künstler und Kultureinrichtungen, die auf freie Meinungsäusserung pochen und im Falle Palästina-Israel Kritik an der israelischen Politik üben. Warum wir gerade die kritischen Kräfte durch einen Boykott schwächen sollten, können wir nicht nachvollziehen.“ (Pro Helvetia). „Wir halten nichts von einem ... kulturellen Boykott, sondern sehen eher die Chance eines Dialogs durch kulturellen Austausch, insbesondere auch mit kritischen Medien (Animationsfilm, Cartoons) und kritischen Kulturschaffenden wie z.B. Ari Folman.“ (Merian-Stiftung) „... ein politisches Statement, wie es ein Boykott darstellt, [kommt] für uns nicht infrage.“ (Goetheanum) „Die israelischen Autorinnen und Autoren setzen sich differenziert, offen und kritisch mit den drängenden Fragen der Gegenwart und der Vergangenheit auseinander, einschliesslich der Palästina-Frage. Ich finde es wichtig und nötig, das Gespräch mit ihnen zu suchen und zu ermöglichen.“ (Literaturhaus) „Die Arbeit von Culturescapes trägt viel dazu bei, dass Konflikte an die Oberfläche und die Öffentlichkeit geraten und diskutiert werden. Deshalb können wir nicht nachvollziehen, warum Sie diese Aktionen verurteilen.“ (Bird's Eye Jazz Club) „Wir haben keinerlei Absicht, Politik zu betreiben ... Es geht darum, israelische FilmemacherInnen zu unterstützen, die sehr differenzierte Ausdrucksformen haben ... Wir vermischen Politik und Kultur nicht. Ich bin ein Mann des Dialogs.“ (Filmfestival Locarno)

Blinde Flecken

Die Stellungnahmen beschränken sich im Wesentlichen auf drei Argumente: das Bekenntnis zur freien Meinungsäusserung, die auf keinen Fall eingeschränkt werden dürfe; den Verweis auf den Dialog, dem eine bedeutende Rolle in der Überwindung des Konflikts zwischen Israel und PalästinenserInnen beigemessen wird;

und die Behauptung, (israelische) Kulturschaffende seien besonders regierungskritisch. Die Reaktionen mögen auf den ersten Blick einleuchtend klingen, zielen am Anliegen des palästinensischen Aufrufs aber vorbei und greifen politisch zu kurz.

Anstatt auf die Kritik am israelischen Staat einzugehen, werden die Kulturschaffenden und ihre Werke vorgeschoben – obwohl explizit nicht deren Boykott gefordert wird. Ausgeblendet bleibt eine Analyse der israelischen Regierungspolitik: dass etwa im Fall von Locarno zum Zeitpunkt der Gespräche mit offiziellen Regierungsinstitutionen der Staat einen weiteren aggressiven Krieg gegen den Gazastreifen führt. Oder dass sich unter der autoritärsten Regierung, die Israel je hatte, rassistische Stellungnahmen und Transferdrohungen führender PolitikerInnen gegen die palästinensischen BürgerInnen häufen. Ausgeblendet bleibt, wie sehr sich Israel im Westen verortet und bewusst Bilder, Symbole und Orte arabischer Identität und Geschichte vereinnahmt oder aber deren Spuren tilgt. Luzid analysiert wird dies nicht zuletzt von israelischen Kulturschaffenden und Intellektuellen, die das zionistische Narrativ dekonstruieren, wie Ella Shohat, Eyal Sivan, Meir Gal, Ilan Pappé, Eyal Weizmann, um nur einige zu nennen, oder von Organisationen wie Zochrot.

Ausgeblendet bleibt, dass Israel seit 2005 eine mit jährlich mehreren Millionen US-Dollar finanzierte Kampagne zur Aufwertung des eigenen Images und zur Ablenkung von der Palästina-Thematik führt.³ Diese legt explizit einen starken Fokus auf Kulturschaffende als BotschafterInnen eines attraktiven Israels. Im Kultur-Stammtisch von Eric Facon auf Radio SFR 4 zum Thema Kulturboykott (Juli 2015) mit den Journalisten Michael Sennhauser und David Vogel wird eine solche Instrumentalisierung von Kultur als mögliche Berechtigung für Boykottaufrufe erwähnt. Die Tatsache, dass es im Fall Israels eine Instrumentalisierung deklariertemassen gibt,⁴ wird jedoch schlicht ignoriert.

Ausgeblendet bleibt, dass Israel seit Jahrzehnten auf die Auslöschung

Impressum

Palästina-Info Juni 2016, Auflage 1900 dt., 600 frz.

Herausgeberin: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4020, 4002 Basel

Layout: Georg Iliev

www.palaestina-info.ch

info@palaestina-info.ch

Besten Dank für Ihre Spenden auf PC 40-756856-2

aller Ausdrucksformen kultureller Identität der palästinensischen Gesellschaft hinwirkt. Zu erwähnen sind etwa die Zerstörung oder Aneignung von Bibliotheken, Kulturgütern und Bauwerken; die wiederholten Schliessungen von Universitäten und Schulen als Sanktionsmassnahme; die massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit sowie willkürliche Verhaftungen von Kulturschaffenden (jüngstes Beispiel ist der Clown Abu Sakha⁵); die Diskriminierung der palästinensischen Kulturszene in Israel bei der Vergabe finanzieller Mittel; das Gesetz zur Kürzung von Budgetmitteln für Organisationen, die der Nakba, d.h. der Vertreibung der PalästinenserInnen 1947/48, gedenken⁶; und nicht zuletzt die alle Lebensbereiche erfassende Segregation der Gesellschaft entlang religiös-ethnischer Grenzen.

Stattdessen wird in unreflektierter Weise auf das Konzept des Dialogs verwiesen, ohne das eklatante Machtgefälle zwischen den „beiden Seiten“ anzusprechen. Selten tönt dieser Begriff hohler als im Bezug auf Israel/Palästina, wo er in den letzten zwei Jahrzehnten, zum bevorzugten Pseudorezept westlicher Diplomatie wurde, das die PalästinenserInnen zum Stillhalten gegenüber der ungebrochenen kolonialen Expansion Israels zwingen soll.

Überhöhung von Kunst

Was den Verweis auf die kritischen Kulturschaffenden betrifft, weist PACBI darauf hin, dass kaum eine israelische Kulturinstitution sich explizit für die Anerkennung der Grundrechte der PalästinenserInnen einsetzt. Zudem verbirgt sich in diesem Argument eine weit verbreitete Idealisierung israelischer Kulturschaffender, denen eine besonders kritische Rolle zugeschrieben wird. Michael Sennhauser bringt es in der erwähn-

ten Radiosendung auf den Punkt, wenn er behauptet, ohne den Film als kritisches Medium gäbe es „gar keine Zeugnisse der Gewalt“, die vom israelischen Staat beispielsweise an Checkpoints ausgeübt wird. Hier wird das eigene Medien(konsum-)verhalten zum Massstab für die Wahrnehmungsfähigkeit einer breiteren Öffentlichkeit erklärt.

Zweifellos kann Kultur provozieren, aufrütteln, Zugänge zu komplexen Realitäten eröffnen und kritische Denkanstösse liefern; genauso gut kann sie beschönigen, verharmlosen, beschwichtigen, ablenken und verkitschte Identifikationsfiguren anbieten. Was im Westen als kritische Kultur hochgelobt wird, verharrt meist in den Grenzen des jüdisch-zionistischen Narrativs und berührt kaum je die tieferliegenden Ursachen des Palästina-Konflikts. Interessanterweise werden oft gerade jene Kulturschaffenden als kritisch hochgelobt, die von liberalen Propaganda-Strategen als besonders geeignete Imageräger betrachtet werden. So sieht der Kolumnist der Jerusalem Post Larry Derfner in „manchen Israelis wie Amos Oz und David Grossman ... wesentlich bessere offizielle ‚Sprecher‘ für Israel als beispielsweise in Netanjahu oder Dershowitz“. ⁷ Was, fragt sich der Filmemacher Ari Folman, ist der Grund dafür, dass sein Film „Waltz with Bashir“, den er als subjektive Aufarbeitung eigener Erfahrungen und nicht als politisches Werk versteht, zum Liebling des israelischen Politestablishments geworden ist? Er beantwortet die Frage mit der Vermutung, sein Film „lasse Israel als tolerantes Land erscheinen, das Soldaten erlaube, offen über ihre Kriegserfahrungen zu sprechen“. ⁸

Auch wenn die Kulturschaffenden und ihre Werke und Ansichten wie erwähnt kein Kriterium für den Boykott darstellen, wäre eine ideologiekriti-

schere Auseinandersetzung mit israelischen Kulturproduktionen lohnenswert. Sie könnte vielleicht auch, hiesige IntendantInnen davon abzuhalten, sich zu Trägern israelischer Schönfärberei zu machen.

Die aktuelle politische Konjunktur mag dies beschleunigen. So erwägt die neue Kultusministerin Miri Regev als Bedingung für die Vergabe staatlicher Subventionen die Wiedereinführung eines Loyalitätsbekenntnisses der Antragstellenden. ⁹ Der Ton gegenüber moderaten Stimmen verschärft sich zunehmend, und Intellektuelle wie der Haaretz-Journalist Gidéon Levy erkennen bereits erste Anzeichen von Faschismus¹⁰ und einer totalitären Gesellschaft in Israel. Vor diesem Hintergrund erhält der kulturelle Boykott noch mehr Dringlichkeit.

1 Siehe z.B. A Report on the Cultural Boycott of Israel von Chen Tamir, Kuratorin des Center of Contemporary Art in Tel Aviv, 3.2.2015; <http://bit.ly/1wqY8E5>.

2 www.pacbi.org/etemplate.php?id=1047.

3 Zudem hat das israelische Aussenministerium rund tausend freiwillige Blogger rekrutiert, um israelfreundliche Beiträge zu produzieren. Pro-Israel media: Bloggers join media war, 30.1.2009, <http://bit.ly/1Tnbf0Q>.

4 Siehe z.B. How Israel has Rebranded ..., 20.8.2013, <http://bit.ly/1Tf8p0X>, Israel Aims to improve its public image 14.10.2005, <http://bit.ly/1OGrhNj> sowie Neue Strategien der israelischen Imagewerbung, Palästina-Info, Sommer 2011, <http://bit.ly/27yrnEa> und PACBI, Behind Brand Israel: Israel's recent propaganda efforts, 23.2.2010, www.pacbi.org/etemplate.php?id=1182.

5 Siehe Ein Clown hinter Gittern, Tagesanzeiger, 10.3.2016, <http://bit.ly/1TXLRvU>.

6 „Nakba Law“, siehe Adalah, www.adalah.org/en/law/view/496.

7 The Hype that failed, Jerusalem Post, 12.6.2006, <http://bit.ly/1WDVaHB>.

8 Filmmaker reveals ‚Waltz with Bashir‘ Backstory, JTA, 14.1.2009, <http://bit.ly/1TnNkzG>.

9 ‚What's happening is fascism‘: artists respond to Israel's ‚war on culture‘, Guardian, 1.3.2016, <http://bit.ly/1VOhmLt>.

10 Americans „Are Supporting the First Signs of Fascism in Israel“, The real news network, 22.3.2016, <http://bit.ly/1UIU0Qm>.